



SPD Bürgerschaftsfraktion Land Bremen, Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen

Ingo Kramer
Bürgerinitiative Kein Hochhaus im Viertel
Rutenstraße 28
28203 Bremen

Sehr geehrter Herr Kramer, *LIEBE WOO*

für Ihr Schreiben vom 08.03.2019 bedanke ich mich.

Ich möchte im Folgenden kurz die Haltung der SPD skizzieren.

Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit. Die Hälfte der Bremerinnen und Bremer zahlt inzwischen 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Nettomiete, ein Viertel zahlt sogar mehr als 40 Prozent. Die Mietpreise, aber auch die Erwerbspreise für Immobilien steigen und steigen, der durchschnittliche Mietzins beträgt inzwischen in Bremen 8,01 Euro pro Quadratmeter und damit fast 40 Prozent mehr als vor zehn Jahren.

Der Werkzeugkasten der Politik, um diesen Preisanstieg zu bremsen, ist mannigfaltig. Er reicht von einer veränderten Bodenpolitik (Vergabe städtischer Grundstücke in Erbpacht oder nach Konzept aber nicht mehr nach Höchstpreisen), über Zweckentfremdungsverbote, Förderprogramme für die Bauwirtschaft, junge Genossenschaften und junge Familien beim Eigentumserwerb, Errichtung von Azubi- und Studierendenwohnheimen, landesrechtlichen Mietdeckeln, der Rekommunalisierung der Brebau, Ankauf von Belegungsbindungen bis hin zur Anhebung der Sozialbauquote auf 30 Prozent.

Alle diese Instrumente sind aber auf Dauer nicht geeignet, den einfachen kapitalistischen Mechanismus außer Kraft zu setzen, dass ein zu geringes Angebot, dem eine hohe Nachfrage gegenübersteht, zu steigenden Preisen führt. Insoweit hat für uns die Schaffung von neuem Wohnraum höchste Priorität. Hierzu streben wir an, auch wieder größere Flächen wie die Rennbahn, Teile der Osterholzer Feldmark, Brokhuchting und die Erweiterungsflächen des Büroparks Oberneuland unter den Pflug zu nehmen und Wohnraum zu schaffen. Bei vielen dieser großen Vorhaben sind wir mit Anwohnerprotesten konfrontiert, die aus verständlichen Gründen keine Veränderung ihres individuellen Wohnumfeldes wollen. Diese Konflikte gibt es selbstverständlich auch bei der Innenverdichtung oder der Konversion alter, nicht mehr genutzter Flächen.

DER VORSITZENDE

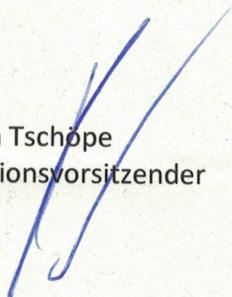


In die letzte Kategorie ordne ich das Projekt ehemalige Landeszentralbank ein. Nach den mir bekannten Planungen der evoreal GmbH sollten auf dem ca. 7.000 Quadratmeter großen Grundstück 160 bis 170 Wohnungen entstehen, die Sozialquote von 25 Prozent sollte eingehalten werden.

Ich bin gerne bereit, mich mit Ihnen auszutauschen, wie unter Verzicht auf eine Hochhausidee eine annähernd vergleichbare Anzahl von Wohneinheiten geschaffen werden kann. Bei einem solchen Gespräch würde ich auch gerne mit Ihnen erörtern, ob die ansonsten im Viertel vorherrschende verdichtete Bauweise tatsächlich zu einer höheren Akzeptanz einer Bebauung führen würde.

Die SPD hält ein Hochhaus im Grundsatz für verzichtbar, soweit eine annähernd vergleichbare Anzahl von Wohneinheiten auf dem Gelände in anderer Form geschaffen werden kann und dieses auf höhere Akzeptanz stößt. Für eine Terminvereinbarung steht Ihnen mein Büro jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Björn Tschöpe
Fraktionsvorsitzender

DER VORSITZENDE